

## DIE ZUKUNFT DER KOMMUNALEN DASEINSVORSORGE

Pressekonferenz mit

Klaus Adelt, MdL,  
Sprecher für kommunale Daseinsvorsorge  
der BayernSPD-Landtagsfraktion,

am Mittwoch, den 20. November 2013, 11.00 Uhr,  
PK-Raum 211, Bayerischer Landtag,  
Max-Planck-Str. 1, 81627 München

Sei es die Wasser- oder Energieversorgung, Abfall- und Wohnungswirtschaft, Verkehr, Kulturpflege oder diverse Sozialleistungen – die kommunale Daseinsvorsorge ist eine Aufgabe, die genau jene Themenbereiche umfasst, die die Menschen tagtäglich vor Ort berühren und bewegen. Gerade im Hinblick auf die rasante Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, die ‚Energiewende‘ oder den demografischen Wandel wird die Sicherstellung der Daseinsvorsorge in der Breite eine der Herausforderungen der Zukunft sein.

## Daseinsvorsorge geht nur kommunal

Diese Herausforderungen werden wir nur erfolgreich meistern können, wenn die Daseinsvorsorge auch in Zukunft kommunal organisiert wird. Die Privatisierungen der 1990er Jahre haben deutlich gezeigt, was passiert, wenn die Gewinnmaximierung im Fokus steht und nicht die Gemeinwohlverpflichtung. Allzu häufig führte die Veräußerung bundeseigener und kommunaler Betriebe, anstatt zu ausgeglichenen Haushalten und einer verbesserten Dienstleistungsqualität, zu Mehrkosten für die Bürgerinnen und Bürger, Arbeitsplatzabbau und der Ausdünnung von Versorgungsnetzen.

## Die Privatisierung des Wassers steht erneut auf der Agenda

Trotz dieser meist negativen Erfahrungswerte, wird gerade auf europäischer Ebene die Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge vorangetrieben. Sowohl die gegenwärtigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (TTIP), wie auch über ein Plurilaterales Abkommen über Dienstleistungen (TiSA), haben die Liberalisierung und Öffnung von Dienstleistungsmärkten zum Gegenstand. Obwohl die EU-Kommission den Trinkwassersektor aufgrund des breiten gesellschaftlichen Protests der Europäerinnen und Europäer aus der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen hat, ist eine Privatisierung des Wassers durch die Hintertür nicht ausgeschlossen!

## Daseinsvorsorge ist Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebensbedingungen

Eine intakte und gut funktionierende kommunale Daseinsvorsorge ist eine Grundvoraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern. Gerade ländliche und strukturschwache Regionen und besonders finanzschwache Kommunen sind dabei auf die Unterstützung des Freistaates angewiesen. Diese ließ bisher allerdings zu wünschen übrig:

- Seit 2004 sind die Zuweisungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) um rund ein Drittel gekürzt worden.
- Die Förderung für die Beschaffung von Omnibussen wurde 2006 ersatzlos gestrichen, 2009 wieder zur Hälfte aufgenommen und für andere Fahrzeuge drastisch reduziert. Statt 262 Millionen Euro im Jahr 2002, standen zehn Jahre später nur noch 70 Millionen Euro zur Verfügung.
- Ein schneller Internetzugang ist zwar inzwischen Bestandteil der Daseinsvorsorge, seitens der Staatsregierung wurde der Breitbandausbau allerdings jahrelang vernachlässigt. Die viel zu spät initiierte und hochbürokratische Breitbandförderung ist allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

## Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge

Ministerpräsident Seehofer hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken und „eine Abgabe von staatlichen Aufgaben an die Kommunen“ anzugehen. Einerseits ist dies eine begrüßenswerte Entwicklung. Andererseits besteht angesichts der Tatsache, dass Bayern „im Jahr 2030 das erste Land ohne Schulden“ sein möchte, die Gefahr, dass der Freistaat den Kommunen zwar die Aufgaben überträgt, sich bei der Finanzierung aber aus der Verantwortung stiehlt.

Der Freistaat muss mehr Geld in die Hand nehmen: Für den Öffentlichen Personennahverkehr, für den Breitbandausbau, für die Entschuldung finanzschwacher Kommunen und mit Hinblick auf den demografischen Wandel für die Schaffung einer barrierefreien Infrastruktur in ganz Bayern. Auch muss er Städten und Gemeinden zur Seite stehen, wenn diese sich für die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe der Daseinsvorsorge einsetzen.

Lieber investieren wir jetzt mehr in unsere Regionen, als später um das Vielfache an Folgekosten für eine verfehlte Landesentwicklungspolitik zu zahlen. Die SPD ist *die* Kommunalpartei. Sie ist der starke Partner für die bayerischen Kommunen als Grundpfeiler des Freistaates. Als Sprecher für kommunale Daseinsvorsorge werde ich der Landtagskümmerer für kommunale Belange sein und stets Augen und Ohren offen halten.